

Der Rechtsstreit um Wohnung und Hausrat

in der gerichtlichen, anwaltlichen und notariellen Praxis

von

Dr. Rainer Kemper

Lehrbeauftragter an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster
und der Universität Paris X

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3 503 06367 6

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2004

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck: Danuvia Druckhaus, Neuburg

Vorwort

Die Zahl der Scheidungen nimmt unaufhörlich zu; in den letzten zehn Jahren ist sie um ein Viertel gestiegen. Auch Lebensgemeinschaften werden immer instabiler – der Trend zu Beziehungen auf Zeit steigt weiter. In allen Trennungsfällen tauchen Rechtsfragen darum auf, wie die Lebensgemeinschaft wieder auseinanderzusetzen ist. Oft werden die bisherigen Partner einverständlich zu Lösungen gelangen. In vielen Fällen kommt es aber zu erbittertem Streit um den lieb gewonnenen Hausrat und die Wohnung, die beiden Partnern ans Herz gewachsen ist. Die Lösung der dann aufgeworfenen Rechtsfragen ist nicht einfach: Zum einen ist die Rechtslage abhängig davon, in was für einer Partnerschaft die Parteien gelebt haben: Für Eheleute gelten andere Regeln als für Lebenspartner, und wieder andere für die Partner einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Lebensgemeinschaft. Durch das Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes hat sich die Rechtslage weiter verkompliziert, da jetzt auch unter Eheleuten und Lebenspartnern vorläufige Regelungen in Bezug auf die gemeinsame Wohnung in Betracht kommen, wenn noch kein Wille zur Trennung gegeben ist.

Dieses Werk stellt für jede Streitsituation gesondert die jeweils relevanten materiellrechtlichen Grundlagen dar. So können die streitentscheidenden Normen leicht aufgefunden werden. Durch die umfassende Einbeziehung der Rechtsprechung und Hinweise auf ausgewählte Literatur wird es dem Leser ermöglicht, einerseits schnell auf Problemlösungen zuzugreifen und sich andererseits tiefer in die Problematik einzuarbeiten, wenn das erforderlich scheint. Das Werk soll damit eine Hilfe für alle sein, die mit Streitigkeiten über Hausrat und Wohnungen in der Praxis befaßt werden, angefangen bei den Betroffenen selbst über Anwälte und Notare, die streitvermeidende oder -beendende Vereinbarungen gestalten, bis hin zu den Richtern, die die streitigen Fälle entscheiden.

Das Manuskript wurde im Dezember 2003 abgeschlossen und berücksichtigte den zu diesem Zeitpunkt gegebenen Stand von Rechtsprechung und Literatur. Ein neues Buch ist immer verbesserungsfähig. Der Autor würde sich daher über eine kritische Unterstützung und Verbesserungshinweise freuen.

Münster, im Dezember 2003

Rainer Kemper

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort	5	
Inhaltsverzeichnis	7	
Abkürzungsverzeichnis	15	
 1. Einführung	17	1
1.1 Die Rechtsquellen für die Regelung der Rechtsverhältnisse an Wohnung und Hausrat.	18	2
1.1.1 Die Verordnung über die Behandlung der Ehewohnung und des Hausrats	18	3
1.1.2 §§ 1361a, 1361b BGB	21	6
1.1.3 §§ 13, 14, 17–19 Lebenspartnerschafts- gesetz	22	8
1.1.4 § 2 Gewaltschutzgesetz	22	9
1.2 Das Verhältnis des Hausrats- und Wohnungsverfahrens zu anderen Rechtsschutzmöglichkeiten	23	10
1.2.1 Das Verhältnis des Hausrats- und Wohnungsverfahrens zum Besitzschutzverfahren	23	10
1.2.2 Das Verhältnis der Regelung der Rechtsverhältnisse an Hausrat und Wohnung zu Herausgabe- und Verschaffungsansprüchen	26	17
1.2.3 Das Verhältnis des Hausrats- und Wohnungsverfahrens zum güterrechtlichen Ausgleich	27	19
1.2.4 Das Verhältnis des Hausrats- und Wohnungsverfahrens zur Auseinandersetzung von Miteigentum	30	25
1.3 Vorläufige und endgültige Regelungen	31	26

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
2. Die gerichtliche Zuständigkeit für Verfahren über Hausrat und Wohnung	33	29
2.1 Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	33	30
2.1.1 Staatsvertragliche Zuständigkeitsregelungen	33	31
2.1.2 Allgemeine Zuständigkeit ohne Anhängigkeit einer Ehesache oder Lebenspartnerschaftssache	35	36
2.1.3 Allgemeine Zuständigkeit bei Anhängigkeit einer Ehe- oder Lebenspartnerschaftssache .	36	37
2.2 Die sachliche und innergerichtliche Zuständigkeit für Hausrats- und Wohnungsverfahren	37	41
2.2.1 Zuständigkeitsregelungen	37	41
2.2.2 Korrektur von Zuständigkeitsfehleinordnungen	37	44
2.2.2.1 Hausrats- und Wohnungsverfahren nach HausratsVO, BGB und LPartG	38	45
2.2.2.2 Verfahren nach § 2 Gewaltschutzgesetz	40	50
2.3 Die örtliche Zuständigkeit für Hausrats- und Wohnungsverfahren	42	56
2.3.1 Örtliche Zuständigkeit ohne Anhängigkeit einer Ehesache bzw. einer Lebenspartnerschaftssache	43	58
2.3.2 Örtliche Zuständigkeit bei gleichzeitiger Anhängigkeit einer Ehesache oder einer Lebenspartnerschaftssache	43	59
2.3.3 Örtliche Zuständigkeit bei späterem Rechtshängigwerden einer Ehesache bzw. einer Lebenspartnerschaftssache	45	64
3. Das in Hausrats- und Wohnungsverfahren anzuwendende Recht in Fällen mit Auslandsberührung	49	71

	Seite	Randnummer
4. Allgemeine Voraussetzungen für die Entscheidung in Verfahren über Hausrat und Wohnung zwischen Ehegatten und Lebenspartnern.	53	75
4.1 Dissens über die Nutzung bzw. Aufteilung. ...	53	76
4.1.1 Die prozessuale Bedeutung der Einigung ...	54	77
4.1.2 Die Beteiligung Dritter an der Einigung	56	81
4.1.3 Die Einigung bei einverständlichen Scheidungen nach § 630 ZPO	56	84
4.2 Antragserfordernis	59	90
4.3 Die Beteiligung Dritter im Verfahren.	60	92
4.3.1 Der Zweck der Beteiligung Dritter	60	93
4.3.2 Die Drittbeteiligten im einzelnen	61	94
4.3.3 Die Stellung der Drittbeteiligten	62	98
4.4 Anwaltszwang	64	103
4.5 Amtsermittlungsgrundsatz und Beweislast. ...	65	107
4.5.1 Grundsätze	65	108
4.5.2 Die Beweislast in den einzelnen Verfahren.	66	111
4.5.2.1 Verfahren auf Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB.	66	111
4.5.2.2 Verfahren auf Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG	68	116
4.5.2.3 Verfahren auf Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	68	117
4.5.2.4 Verfahren auf Wohnungsüberlassung nach §§ 2 ff. HausratsVO	70	122
4.5.2.5 Verfahren auf Wohnungszuweisung nach §§ 17 f. LPartG	71	127
4.5.2.6 Verfahren auf Hausratsbenutzung nach § 1361a BGB.	71	128
4.5.2.7 Verfahren auf Hausratsbenutzung nach § 13 LPartG	72	131
4.5.2.8 Verfahren auf Hausratsteilung nach §§ 8 ff. HausratsVO	72	132
4.5.2.9 Verfahren auf Hausratsteilung nach §§ 17, 19 LPartG	73	137

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
5. Die Zuweisung der Wohnung	75	138
5.1 Der Begriff der Wohnung	75	139
5.2 Die vorläufige Zuweisung der Wohnung.	77	144
5.2.1 Wohnungszuweisung nach § 1361b BGB	78	144
5.2.1.1 Voraussetzungen	78	145
5.2.1.1.1 Ehe	79	146
5.2.1.1.2 Getrenntleben oder Wille zum Getrenntleben	79	147
5.2.1.1.3 Notwendigkeit der Überlassung zur Vermeidung einer unbilligen Härte	80	150
5.2.1.1.4 Kein Eingreifen der Vermutung des § 1361b Abs. 4 BGB.	87	164
5.2.1.2 Inhalt der Anordnung	88	167
5.2.1.2.1 Überlassung der Wohnung	88	168
5.2.1.2.2 Grundregel	88	169
5.2.1.2.3 Gewaltschutz	90	174
5.2.1.2.4 Nutzungsvergütung	93	180
5.2.1.2.5 Nebenanordnungen zum Schutz der Wirksamkeit der Nutzungsregelung.	97	188
5.2.1.3 Wirksamwerden und Wirkungsdauer der Regelung	99	191
5.2.2 Wohnungszuweisung nach § 14 LPartG	100	194
5.2.3 Wohnungszuweisung nach § 2 Gewaltschutzgesetz	101	197
5.2.3.1 Voraussetzungen	101	197
5.2.3.1.1 Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt	102	198
5.2.3.1.2 Gewaltanwendung oder Bedrohung mit Gewaltanwendung	103	201
5.2.3.1.2.1 Gewalt i. S. d. §§ 1 Abs. 1, 3 GewSchG	103	202
5.2.3.1.2.2 Bedrohung mit Gewalt	107	210
5.2.3.1.3 Wiederholungsgefahr oder Unzumutbarkeit	110	216
5.2.3.1.4 Rechtzeitigkeit des Verlangens	111	218
5.2.3.1.5 Kein Eingreifen der Härteklausel	112	221
5.2.3.2 Inhalt der Anordnung	112	223
5.2.3.2.1 Überlassung der Wohnung zur Alleinnutzung.	113	224
5.2.3.2.2 Nutzungsvergütung	115	230

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
5.2.3.2.3 Nebenanordnungen zum Schutz der Wirksamkeit der Nutzungsregelung	116	231
5.2.3.3 Wirksamwerden der Entscheidung	116	232
5.3 Die endgültige Zuweisung der Wohnung.	117	236
5.3.1 Die Zuweisung der Ehewohnung	119	237
5.3.1.1 Grundlagen	119	238
5.3.1.2 Allgemeine Voraussetzungen der endgültigen Wohnungsregelung	121	241
5.3.1.3 Entscheidungsaspekte bei der Entscheidung über die Zuweisung der Wohnung	122	243
5.3.1.4 Der Inhalt der Entscheidung über die Wohnung	126	252
5.3.1.5 Gestaltungsmöglichkeiten in den verschiedenen Rechtsverhältnissen.	127	255
5.3.1.5.1 Wohnungen im Alleineigentum bzw. mit alleinigem dinglichen Nutzungsrecht eines Ehegatten.	131	263
5.3.1.5.2 Wohnungen im Miteigentum eines Ehegatten mit einem Dritten.	136	273
5.3.1.5.3 Wohnungen im gemeinschaftlichen Eigentum der Ehegatten	137	274
5.3.1.5.4 Werks- und Dienstwohnungen	138	279
5.3.1.5.5 Mietwohnungen.	142	286
5.3.1.6 Wirksamwerden der Entscheidung	149	302
5.3.2 Die Zuweisung der lebenspartnerschaftlichen Wohnung	150	305
6. Die gerichtliche Verteilung von Hausrat	155	313
6.1 Der Begriff des Hausrats	156	314
6.1.1 Grundlagen	156	314
6.1.2 Einzelfragen.	160	323
6.2 Hausratsverfahren und Auskunftsklage	164	324
6.3 Die vorläufige Nutzung des Hausrats	165	326
6.3.1 Benutzungsregelungen nach § 1361a BGB. ...	165	327
6.3.1.1 Voraussetzungen der Benutzungsregelung ..	166	328
6.3.1.1.1 Ehe	166	328
6.3.1.1.2 Getrenntleben	166	329
6.3.1.2 Verteilungsgrundsätze	167	330

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
6.3.1.2.1	Gegenstände im Alleineigentum eines Ehegatten	168 331
6.3.1.2.2	Gegenstände im gemeinschaftlichen Eigentum der Ehegatten	170 337
6.3.1.3	Inhalt der Anordnung	171 338
6.3.1.3.1	Überlassung des Hausrats zur Alleinnutzung	171 339
6.3.1.3.2	Nutzungsvergütung	172 342
6.3.1.4	Wirksamwerden und Wirkungskdauer der Regelung	173 343
6.3.2	Hausratszuweisung nach § 13 LPartG	174 345
6.4	Die endgültige Zuweisung des Hausrats	174 346
6.4.1	Die Verteilung des Hausrats von Eheleuten	174 347
6.4.1.1	Grundlagen	175 347
6.4.1.2	Voraussetzungen der endgültigen Regelung	176 352
6.4.1.2.1	Hausrat im Alleineigentum eines Ehegatten	176 352
6.4.1.2.2	Hausrat im gemeinschaftlichen Eigentum der Ehegatten	179 358
6.4.1.2.3	Besonderheiten bei Rechten Dritter	181 363
6.4.1.3	Der Inhalt der Regelung	182 365
6.4.1.3.1	Die Zuweisung des Hausrats	182 366
6.4.1.3.1.1	Hausrat im Alleineigentum eines Ehegatten	183 367
6.4.1.3.1.2	Hausrat im gemeinschaftlichen Eigentum der Ehegatten	185 373
6.4.1.3.2	Die Entschädigung für ungleiche Zuweisungsmengen	185 374
6.4.1.3.3	Die Entschädigung bei Zuweisung von Alleineigentum an den anderen Ehegatten	187 378
6.4.1.3.4	Die Regelung der aus der Anschaffung des Hausrats resultierenden Schulden	188 381
6.4.1.4	Wirksamwerden und Wirkungskdauer der Regelung	189 384
6.4.2	Die Zuweisung des lebenspartnerschaftlichen Hausrats	189 385
6.5	Exkurs: Die Verteilung von Hausrat von Kindern	190 386

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
7. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	191	389
7.1 Rechtsmittel.	191	390
7.1.1 Isolierte Verfahren	192	393
7.1.1.1 Voraussetzungen der befristeten Beschwerde	192	394
7.1.1.1.1 Statthaftigkeit	193	395
7.1.1.1.2 Beschwerdeberechtigung (§ 20 FGG).	194	398
7.1.1.1.3 Beschwerdewert in Hausratssachen (§ 14 HausratsVO)	195	401
7.1.1.1.4 Rechtsschutzbedürfnis	195	402
7.1.1.2 Inhalt und Reichweite der befristeten Beschwerde	195	403
7.1.1.2.1 Gegenstand der Beschwerde	195	404
7.1.1.2.2 Gesamt- und Teilanfechtung	196	405
7.1.1.2.3 Begehren des Beschwerdeführers und gerichtliche Prüfungskompetenz	197	408
7.1.1.2.4 Reformatio in peius	197	409
7.1.1.3 Das Beschwerdeverfahren	198	410
7.1.1.3.1 Einlegung und Begründung der Beschwerde	198	411
7.1.1.3.2 Prozesskostenhilfe.	200	415
7.1.1.3.3 Zustellung von Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung	201	416
7.1.1.3.4 Abhilfe, aufschiebende Wirkung und vorläufige Maßnahmen.	201	417
7.1.1.3.5 Allgemeine Verfahrensgrundsätze	201	418
7.1.1.3.6 Rücknahme der Beschwerde und Erledigung der Hauptsache	202	419
7.1.1.3.7 Die Beschwerdeentscheidung	203	420
7.1.1.4 Anschlussbeschwerde und Gegenanschließung.	204	424
7.1.2 Verbundverfahren.	205	428
7.1.2.1 Rechtsmittel gegen Verbundurteile des Familiengerichts	206	429
7.1.2.1.1 Beschwerde	206	429
7.1.2.1.2 Berufung	207	430
7.1.2.1.3 Zusammentreffen von Berufung und Beschwerde	208	435
7.1.2.1.4 Rechtsmittelerweiterung	209	436
7.1.2.1.5 Rechtsmittelanschließung	210	439

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
7.1.2.1.6 Der Verzicht auf Rechtsmittel und Anschlussrechtsmittel	214	451
7.2 Änderung der Regelung	215	452
8. Kostenverteilung	219	459
9. Einstweiliger Rechtsschutz	221	462
9.1 Grundlagen	221	463
9.2 Verfahrensfragen	223	469
9.3 Die Entscheidung über die einstweilige Anordnung	225	475
9.4 Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	227	480
9.4.1 Antrag auf Aufhebung oder Änderung der einstweiligen Anordnung	227	480
9.4.2 Sofortige Beschwerde	228	486
9.5 Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	229	490
10. Hausratsverteilung und Wohnungszuweisung bei nicht miteinander verheirateten oder verpartnerten Lebensgefährten	231	491
Literaturverzeichnis	233	
Stichwortverzeichnis	235	